

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer, MdEP

Grünes Licht für Nährstoffkennzeichnung ganz ohne Ampel

Das Europaparlament verabschiedete diese Woche in erster Lesung die EU-Verordnung zur Information der Verbraucher über Lebensmittel. Verpackungen von Lebensmitteln sollen künftig verpflichtende Angaben zum Nährwertgehalt und Tagesbedarf enthalten. „Die Verbraucher haben somit die Möglichkeit, sich umfassender zu informieren. Ich bin froh, dass sich das Ampel-Modell nicht durchgesetzt hat, denn damit hätte eine plakative Einteilung in gute und schlechte Lebensmittel stattgefunden“, so der Europaabgeordnete Ulmer. Gemäß der Ampelkennzeichnung bekäme eine zuckerfreie Cola mit Süßstoff „grün“ und der naturtrübe Apfelsaft „rot“, nur weil er Fruchtzucker enthält. „Das ist so nicht richtig und könnte darüber hinaus zu Mangelernährung führen“, erklärt Dr. Ulmer. Auf der Vorderseite der Verpackung soll nun der Gehalt an Kalorien angegeben wer-

den, bezogen jeweils auf 100 g oder 100 ml des Produkts. Die von den Verbrauchern nie wirklich akzeptierte Einheit „Joule“ wird abgeschafft. Angaben über den Gehalt an Kohlehydraten, Fetten, Eiweiß, Salz, Mineralien oder Vitaminen sollen in einem separaten Nährwertkasten auf der Packungsrückseite dargestellt werden. „Ich freue mich besonders, dass Lebensmittelimitate wie Analogkäse oder Formfleisch, das aus kleinen Stücken zusammengeklebt ist, in Zukunft deutlich gekennzeichnet werden müssen. Schließlich muss der Verbraucher wissen, was er isst und darf nicht in die Irre geführt werden“, fordert Ulmer. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sollen entlastet werden, indem lose bzw. nicht-vorverpackte Ware von der Kennzeichnungspflicht ausgenommen wird. „Unnötige Verwaltungskosten durch komplizierte Kennzeich-



Foto: @siepmann / pixelio

nungsvorschriften konnten somit verhindert werden. Denn man darf nicht vergessen, dass rund 80 % der Unternehmen im Lebensmittelsektor KMU sind“, äußert sich Dr. Ulmer. Der Europaabgeordnete zeigte sich insgesamt zufrieden mit dem Abstimmungsergebnis. „Diese Verordnung ist ein wichtiger

Schritt in die richtige Richtung zu EU-weit einheitlichen Standards bei der Lebensmittelkennzeichnung. Der Flickenteppich an nationalen Regelungen wird abgeschafft und der Verbraucher erhält mehr und besser verständliche Informationen“, kommentiert Ulmer abschließend.

EU-Finanzmittel für gemeinschaftsübergreifende Initiativen gesichert

Das Europäische Parlament hat sich entschieden, den „Internationalen Fonds für Irland“ weiterhin zu fördern. Der Fonds war 1986 von der irischen und

britischen Regierung gegründet worden, um die gemeinschaftsübergreifenden Projekte im Friedensprozess in Nordirland zu unterstützen. Neben der EU als Hauptsponsor stellen die

USA, Kanada, Australien und Neuseeland Finanzmittel zur Verfügung.

Mit dieser Entscheidung sind der Fortbestand des Fonds bis Dezember 2010 sowie alle daraus bezahlten Projekte bis 2013

gesichert. Somit kann der Fonds weiterhin zur Gewaltminderung zwischen Gruppen beitragen, wenn es gelingt, dass sich im Konflikt stehende Gemeinden tolerieren und gemeinsam an Projekten arbeiten. Mithilfe der EU hat es diese „Grass-Root“-Friedensbewegung daher geschafft, wirtschaftlichen Aufschwung in Nordirland voranzutreiben. Somit ist der Fonds ein Beispiel für weitere konfliktbehaftete Gebiete wie Zypern, Nepal oder Afghanistan.



Foto: @malz / pixelio.de

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Ratingagenturen kommen an die Leine



Foto: Andreas Morlok / pixelio.de

Ratingagenturen schätzen die Ausfallrisiken bei Wertpapieren ab und bewerten danach die Kreditwürdigkeit von Unternehmen und Staaten. Vor allem im Bezug auf die Finanzkrise werden sie stark kritisiert, da sie in Interessenkonflikte verwickelt sind und durch die schnelle Herabstufung der südeuropäischen Länder den Euro noch stärker gefährdet haben als notwendig. Daher plant die EU-Kommission eine strengere Aufsicht über Ratingagenturen und eine Stärkung der internen Unternehmenskontrollen in den Finanzinstituten. Die Aufsicht über die Ratingagenturen soll der ab 2011 funktionsfähigen Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA in Paris unterstehen. So sollen sich europaweit tätige Ratingagenturen bei der

ESMA zentral registrieren lassen und Auskunft über Methodik und Details der von ihnen bewerteten spekulativen Wertpapiere geben. Außerdem soll der Wettbewerb zwischen den Ratingagenturen angeheizt werden, indem Banken Informationen über kompliziert strukturierte Wertpapiere allen interessierten Ratingagenturen zur Verfügung stellen müssen. Bei Regelbruch soll die Aufsichtsbehörde das Recht haben, Mitarbeiter zu befragen und Büros zu durchsuchen und den Ratingagenturen gegebenenfalls Strafen zu verhängen. Außerdem sollen die Kontrollmechanismen in den Unternehmen selbst gestärkt werden, da Aufsichtsräte, Aktionäre und Buchprüfer in der Krise oftmals versagt haben. Ein Grünbuch dazu soll eine öffentliche Konsultation einleiten mit dem Ziel, die Interessen von Verbrauchern und Kunden stärker einfließen zu lassen. Zentrale Ansatzpunkte sind die Kontrolle des Top Managements, die Etablierung einer vernünftigen Risikokultur, eine bessere Einbindung von Anteilseignern und eine Änderung der Bezahlungssysteme, die Mitarbeiter weniger Risiken eingehen lässt.

Europaparlament treibt bürgerfreundliche Praxis bei EU-Justizpolitik voran

Das Europäische Parlament hat sich in dieser Woche für verbesserte Rechte und bürgernehe Praxislösungen im Justizbereich eingesetzt. Die Abgeordneten stimmten für Mindeststandards bei Strafverfahren und auch für Regelungen bei internationalen Scheidungen. Dabei wurde das Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit zum ersten Mal in der Geschichte des Europaparlaments angewandt und erwies sich als eine echte Alternative zur Vollharmonisierung.



Foto: Edith Ochse / pixelio.de

Die Europäische Menschenrechtskonvention setzt die Mindeststandards fest, die jeder EU-Mitgliedsstaat einhalten muss. Die beschlossenen Maßnahmen stellen eine Weiterentwicklung des Stockholmer Programms dar, welches im Dezember 2009 vom Rat angenommen wurde. „Dieser Beschluss bestätigt, dass wir die Rechte einer jeden Person in einem Strafverfahren als einen fundamentalen Wert der Europäischen Union ansehen“, bekräftigt Dr. Ulmer.

Im Fall, dass der Angeklagte die Sprache des Landes, in dem der Prozess stattfindet, weder versteht noch spricht, müssen die Mitgliedsstaaten Interpretation und Übersetzung zur Verfügung stellen. „Dies ist ein wichtiger Schritt, denn nur so kann ein fairer Prozess gewährleistet werden“, erklärt Dr. Ulmer.

Außerdem wurden Grundlagen für internationale Scheidungen beschlossen. Künftig können EU-Bürger selbst entscheiden, unter welchem Recht sie ihre Scheidung regeln wollen. „Dies hilft Paaren in dem ohnehin schon schwierigen Prozess, wenn sie unterschiedliche Nationalitäten haben oder in einem anderen Mitgliedstaat wohnen“, veranschaulicht die Europaabgeordnete diese Maßnahme.

„Wir wollen den Einzelnen beschützen und das Vertrauen in die Rechtssysteme der Mitgliedsstaaten stärken. Mit diesem Vorstoß sind wir an der Seite der Bürgerinnen und Bürger. Das ist ein echter europäischer Mehrwert.“

Strengere Regulierung von Derivaten gefordert

Das Europaparlament fordert eine strenge Regulierung und Aufsicht risikoreicher Derivate und vor allem mehr Transparenz. Derivate erfüllen zwar eine Funktion zur Risikominimierung, können aber auch leicht für Spekulationen missbraucht werden. „Ich hoffe, dass Kommission und Rat gemeinsam mit dem Parlament die Regulierung dieses Sektors zügig vorantreiben werden“, so Dr. Ulmer.

Die Parlamentarier fordern mit großer Mehrheit die Nutzung von Clearingstellen bzw. organisierten Handelsplätzen, eine Verfahrensstandardisierung und die Verwendung von Transaktionsregistern. Unterschieden wird zwischen Derivaten zur Absicherung von Unternehmensgeschäften und solchen, die spekulativen Zwecken dienen und zur Finanzmarktkrise beigetragen haben. „Vor allem für risikoreiche Derivate brauchen wir klare Vorgaben und zwingende Berichtspflichten“, fordert Dr. Ulmer.

Die Clearingstellen müssen sich an klare Vorgaben für die Unabhängigkeit der Geschäftsführung und das Risikomanagement halten. Die Derivateaufsicht soll der künftigen EU-Wertpapieraufsicht ESMA („European Securities and Markets Authority“) gemeinsam mit den nationalen Aufsichtsbehörden unterstellt sein. Für die Abwicklung von Derivaten aus Drittstaaten fordern die Parlamentarier, dass diese in der EU abgewickelt werden sollten, falls sie auf eine europäische Währung lauten, ein EU-Unternehmen betreffen und ein EU-Finanzinstitut beteiligt ist. Dr. Ulmer äußert sich positiv: „Falls der Rat nicht blockiert, könnten bis Jahresende die neuen EU-Standards beschlossen sein.“

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.), Tarnunstr. 21,

74821 Mosbach, Telefon 06261 893991, Telefax 06261 893069

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171 6809454

Powered by: www.busse-nahgang.com

Bildnachweis: 12-11-09 Pano hemi 6.jpg Copyright: © Photo Parlement European; © siegmundH / pixelio.de; © malz / pixelio.de; © Andreas Morlok / pixelio.de; © Edith Ochse / pixelio.de

Texte: Dr. Thomas Ulmer MdEP

E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu